

„Viele Mütter fühlen sich mit den Kindern total alleingelassen“



Die Soziologin Jutta Allmendinger kritisiert das Ehegattensplitting und die Witwenrente scharf: Beides halte Frauen vom Arbeiten ab und mache sie abhängig. Der CDU-Politiker Thorsten Frei kontert: Hände weg vom geltenden System. Ein Streitgespräch.

Interview von Kerstin Bund und Alexander Hagelüken

11. August 2023 - 10 Min. Lesezeit

Überraschend herzliche Begrüßung: Deutschlands bekannteste Soziologin Jutta Allmendinger freut sich über ihren Gesprächspartner am Bildschirm, der wie sie aus dem „Ländle“ kommt: Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, stammt aus dem Schwarzwald. Allmendinger ist in Mannheim aufgewachsen. Aber da hören die Gemeinsamkeiten auch schon auf. Wenn es um Familienpolitik oder die Gleichstellung der Geschlechter geht, könnten die beiden kaum weiter auseinander sein.

SZ: Frau Allmendinger, gerade wird wieder heftig über die Gleichstellung von Mann und Frau diskutiert. SPD-Chef Lars Klingbeil will das steuerliche Ehegattensplitting abschaffen, von dem Ehepaare besonders profitieren, wenn der eine Partner viel und der andere wenig verdient. Es zementiere traditionelle Rollen und halte Frauen vom Arbeiten ab. Würden Sie die Abschaffung merken?

Jutta Allmendinger: Wenn mein damaliger Partner und ich verheiratet gewesen wären, hätten wir trotzdem zu keinem Zeitpunkt vom Ehegattensplitting profitiert. Wir waren beide immer Vollzeit berufstätig, auch als unser Sohn klein war. Herr Frei profitiert vermutlich vom Splitting. Das ist doch ungerecht.

Herr Frei, Sie sind Bundestagsabgeordneter, Ihre Frau ist Lehrerin. Verteidigen Sie das Splitting, weil Sie dadurch Steuern sparen?

Thorsten Frei: Wir profitieren in der Tat. Ich bin aber aus einem anderen Grund gegen eine komplette Abschaffung, die verfassungsrechtlich gar nicht möglich wäre: Sie würde Familien mit jährlich 25 Milliarden Euro belasten. Es wäre eine gigantische Steuererhöhung gerade für Familien mit mittleren Einkommen, also das völlig falsche Signal.

Das Splitting ist aber nichts, was nur Familien zugute kommt. Ehen ohne Kinder profitieren gleichermaßen.

Frei: Von den 25 Milliarden Euro Mehrbelastung würden nur zwei Milliarden Euro auf kinderlose Ehen entfallen. Eine Abschaffung des Splittings trifft also vor allem Familien mit Kindern. Es gibt noch ein weiteres Argument dagegen: Die Ehe genießt in unserer Verfassung einen besonderen Schutz. Mit ihr gehen nicht nur Rechte, sondern auch Verantwortlichkeiten einher, etwa die Unterhaltspflicht. Wenn Ehepartner den Staat entlasten, sollte das auch steuerlich berücksichtigt werden.

Allmendinger: Das Ehegattensplitting setzt aber den falschen Anreiz für einen Partner, meist die Frau, nicht oder nur in geringem Maße berufstätig zu sein. Genau wie die kostenlose Mitversicherung in der Krankenkasse, die Minijobs oder die Witwenrente bremst es Frauen, eine eigene Karriere zu verfolgen. Es ist also kein Zufall, dass Frauen in Deutschland dauerhaft viel häufiger Teilzeit arbeiten als in anderen Ländern. Im Alter oder nach einer Scheidung stehen sie dann finanziell oft sehr schlecht da. Wenig berufstätig zu sein, erweist sich für viele als Armutsfalle. Für den Arbeitsmarkt, dem durch die demografische Entwicklung die Arbeitskräfte ausgehen, ist das auch nicht hilfreich.

Deutsche Sonderstellung

Wie viele Frauen in teilzeit arbeiten, 1. Quartal 2023

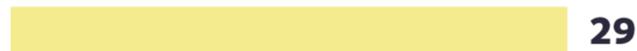
Niederlande



Deutschland



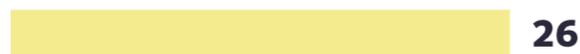
EU-Durchschnitt



Schweden



Frankreich



Spanien



Grafik: jje/SZ. Quelle: Eurostat

Wenn es so weiterläuft, fehlen in Deutschland im Jahr 2035 sieben Millionen Arbeitskräfte. Herr Frei, finden Sie es gut, dass Frauen hierzulande deutlich weniger berufstätig sind als Männer?

Frei: Wenn sie das selbst entscheiden, ist das ihre Sache. Das geht den Staat nichts an. Der Staat sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jeder leben kann, wie er das möchte. Natürlich ist der Arbeitsmarkt durch den Fachkräftemangel auf Frauen angewiesen. Und da ändert sich etwas: Vor 30 Jahren waren 57 Prozent der Frauen berufstätig, heute sind es 73 Prozent.

Mit einer weiteren Steigerung könnten wir bis zur Hälfte der 1,9 Millionen offenen Stellen in Deutschland besetzen. Das ist ein Riesenpotenzial.

Dann schaffen wir doch das Ehegattensplitting ab. Das würde eine halbe Million Menschen dazu bewegen, anders als davor Vollzeit zu arbeiten, rechnet das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung vor.

Frei: Ich bestreite, dass Ehepartner bewusst weniger arbeiten, um Splittingvorteile zu erzielen. Entscheidend ist doch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Deutschland fehlen fast 400 000 Kitaplätze. Wegen des Personalmangels verkürzen viele Einrichtungen ihre Betreuungszeiten. Wenn ein Kind mittags nach Hause kommt, dann können Sie gar nicht länger arbeiten.



Wenn die Kitaplätze entscheidend sind, warum hat es Ihre Partei in 16 Jahren Kanzlerschaft von Angela Merkel dann nicht geschafft, ausrei-

chend viele bereitzustellen?

Frei: Unter Angela Merkel sind die Plätze in hohem Tempo ausgebaut worden. 2013 haben wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder in der Kita einführen können. Doch ich gebe Ihnen recht: Es braucht noch mehr, gerade weil die mangelnde Kinderbetreuung einen viel größeren Einfluss auf die Frage hat, ob jemand berufstätig ist, als das Ehegattensplitting. Das Splitting hat Frau Allmendinger auch nicht abgehalten, voll berufstätig zu sein.

Allmendinger: Weil ich die langfristigen Folgen einer solchen Entscheidung klar vor Augen hatte. Mein Partner hat mir damals mehrfach vorgerechnet, dass die doppelte Vollzeit für ein Ehepaar absolut unsinnig sei. Es stand im Raum zu heiraten, ich könne dann weniger arbeiten und man würde zudem die teure Betreuung des Kindes sparen. Aber unabhängig von meiner Person: Die Forschung zeigt eindeutig, dass das Ehegattensplitting für innerfamiliäre Verhandlungen darüber, wer wieviel arbeitet, durchaus entscheidend ist. Deshalb haben Länder wie Frankreich oder Österreich das Splitting längst verändert. Wir sind das einzige Land, das noch daran festhält.

Was schlagen Sie vor?

Allmendinger: Die Reform muss zielgerichtet sein. Eheleute sollten auch dann profitieren, wenn beide gleich hohe Einkommen haben. Das Wohl der Kinder darf nicht von der Ehe der Eltern abhängen: Auch Alleinerziehende und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften sollten erreicht werden. Die Reform sollte sozial ausgewogen sein, heute profitieren sehr gut Verdienende mehr als Paare, die geringe Einkommen haben. Wir brauchen eine Familienpolitik aus einem Guss. Heute ist das nicht so. Ehegattensplitting und Unterhaltsrecht vertragen sich nicht. Ich schlage daher eine Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Grundfreibetrag vor, zusätzlich höhere Grundfreibeträge für Kinder. Dies entspricht dem Vorschlag des deutschen Juristinnenbundes.



Frei: Ich würde das Ehegattensplitting beibehalten und es zu einem echten Familiensplitting weiterentwickeln, in dem man Kindern den vollen Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer zugesteht. Das würde die Steuerlast insbesondere für einkommensschwache Familien markant reduzieren.

Da kommen Sie beide zumindest auf ein paar gemeinsame Ansätze, ganz anders als bei der Witwenrente. Als die Wirtschaftsweise Monika Schnitzer kürzlich deren Abschaffung forderte, sprach Herr Frei von einem „Frontalangriff auf Familien“.

Frei: Der Vorschlag ist zu Recht wieder in der Versenkung verschwunden. Die Diskussion hat viele Menschen in diesem Land verunsichert.

Allmendinger: Bei der Witwenrente erhalten Hinterbliebene über die Hälfte der Altersbezüge des verstorbenen Ehepartners. Die Versicherungsgemeinschaft kommt also dafür auf, wenn jemand nicht erwerbstätig war und keine eigenen Rentenansprüche erworben hat. Das ist nicht mehr zeitgemäß und auch nicht fair. Gerechter ist ein Rentensplitting, wie es Frau

Schnitzer fordert, bei dem alle Ansprüche aufgeteilt werden, die die Partner während der Ehe erworben haben. Das Teilen macht doch die Partnerschaftlichkeit einer Ehe aus. Natürlich geht das nicht sofort, wir brauchen Übergangsfristen.

Frei: Schauen Sie sich die Zahlen an. Da stellen Sie fest: Mit der Witwenrente wird niemand reich. Es ist eine soziale Leistung.

Allmendinger: Das sehe ich anders. Bis vor einigen Jahren lagen wegen der niedrigen Arbeitszeiten und Löhne von Frauen deren Altersrenten niedriger als Witwenrenten, der Heiratsmarkt brachte also mehr als der Arbeitsmarkt. Auch ich hätte von der Witwenpension gut leben können.

Der Fachkräftemangel und die Altersarmut von Frauen hängen auch mit der noch immer traditionellen Rollenaufteilung in Familien zusammen. Herr Frei, Sie haben drei Kinder im Schulalter. Ihre Frau sagte mal: „Für die Kinder ist es normal, dass Papa unter der Woche nicht da ist“. Fehlt Ihnen da etwas?

Frei: Ja, das ist ganz eindeutig so. Mit diesem speziellen Beruf des Politikers im Bundestag lässt sich das leider auch nicht ändern. Der jüngste Väterreport des Familienministeriums zeigt aber, dass sich heute 69 Prozent der Väter nach ihrer Wahrnehmung mehr um ihre Kinder kümmern, als ihre Väter das getan haben. Und zwar, weil sie es so wollen. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen: Das Zusammensein mit Kindern und das Kümmern um sie kann einen in manchen Situationen an seine Grenzen führen und eine Last sein, vor allem aber ist es eine Lust. Und wenn man das wie ich nicht angemessen tun kann, empfindet man das als Opfer.

Und wie geht es Ihrer Frau damit?

Frei: Meine Frau hat mit den Kindern und ihren beruflichen Verpflichtungen den größeren Packen zu tragen als ich. Für alles, was sie tut, bin ich ihr nicht nur dankbar, ich bewundere sie auch dafür.

Hätte Ihre Frau es gern, dass Sie zu Hause mehr mit anpacken?

Frei: (zögert) Ich würde diese Frage mit Ja beantworten. Es wäre falsch, wenn man so tun würde, als wäre ein solches Leben mit Leichtigkeit zu bewältigen. Das ist eine enorme Anstrengung, und ehrlicherweise muss ich sagen: Für meine Frau ist es anstrengender als für mich.

Nun wird der Bundestag kaum in den Schwarzwald umziehen. Aber wie kann man Väter grundsätzlich dazu bringen, sich mehr bei Kindern und Haushalt einzubringen?

Allmendinger: Wir brauchen mehr als Worte und das Bedauern insbesondere älterer Männer darüber, dass sie ihre Kinder nicht haben aufwachsen sehen. Studien zeigen: Wenn die Väter nach der Geburt längere Zeit zu Hause bleiben, kehren die Mütter früher in den Beruf zurück. Diese Väter übernehmen auch später mehr Verantwortung für die Kinder. Daher sollte man das Elterngeld über die Partnermonate daran knüpfen, dass auch Väter Elternzeit nehmen. Wir sollten außerdem die Lebensverläufe entzerren.

Wie meinen Sie das?

Allmendinger: Die Erwerbstätigkeit wird heute fast unabhängig von den vielen Ereignissen gedacht, die ein Leben so mit sich bringt. In einigen Phasen des Lebens kommt viel zusammen: die Erziehung von Kindern, die Pflege der Eltern, gesellschaftliches Engagement. In diesen Phasen muss man die Erwerbstätigkeit selbstverständlich reduzieren können. In anderen Phasen können wir dagegen länger arbeiten. Das gilt für Frauen und Männer.

Können beide Eltern voll berufstätig sein und sich trotzdem gut um die Kinder kümmern?

Frei: Ich glaube das grundsätzlich schon. Man muss das innerhalb der Familie klären. Aber damit sage ich nicht, dass sich Kinderbetreuung mit leichter Hand erledigen lässt.

Wie hat das bei Ihnen mit Ihrem Sohn geklappt?

Allmendinger: Als unser Sohn geboren wurde, hatten wir Eltern beide eine Professur und waren finanziell sehr gut gestellt. Wir konnten eine Kinder-

frau einstellen, da es vor 30 Jahren keine Betreuungseinrichtung für Kinder unter drei Jahren gab. Ich powerte von Montag bis Donnerstag an der Universität in München durch, Freitag und das Wochenende gehörten ganz dem Sohn. Mein Partner arbeitete zeitversetzt. Der Beruf erlaubte diese Flexibilität, das aber ist nicht immer so.

Würden Sie Ihr Modell anderen Eltern empfehlen?

Allmendinger: Heute würde ich sagen: Nein, es ist nicht möglich und auch nicht erstrebenswert, dass Eltern von kleinen Kindern beide Vollzeit arbeiten. Kinder *und* Karriere für Mütter *und* Väter ist bei Vollzeit schlicht zu viel. Die Kleinen sind oft krank, die Kitas müssen wegen Personalmangels früher schließen, der Urlaub passt nicht zu den Ferien, die berufliche Flexibilität ist häufig nicht gegeben. Ich finde Modelle gut, bei denen die Eltern kleiner Kinder beide kürzer arbeiten – und zwar nicht nur die Frauen.

Der Arbeitskräftemangel und die Löcher in der Rentenkasse folgen aus einer seit langem niedrigen Geburtenrate. Nach Jahren des leichten Anstiegs ist die Zahl der Geburten 2022 deutlich gesunken. Was muss passieren, damit die Deutschen wieder mehr Lust auf Kinder haben?

Frei: Die Einführung des Elterngelds 2007 war eine wichtige Weichenstellung. Inzwischen nimmt fast die Hälfte der Väter in den ersten Lebensmonaten Elternzeit. Deshalb halte ich es auch für falsch, dass die Regierung hier kürzen will.

Sie meinen die Paare mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von mehr als 150 000 Euro, die beim Elterngeld in Zukunft leer ausgehen sollen.

Frei: Das ist das falsche Signal. Ich finde, Ehe und Familie sollten wieder mehr wertgeschätzt werden. Die Bundesregierung hat für den nächsten Bundeshaushalt ein Sparvolumen von gerade mal einem Prozent vorgesehen. Wenn sie schon so wenig spart, dann doch bitte nicht ausgerechnet bei den Familien. Deutschland hat ein gesamtstaatliches Sozialbudget von knapp 1,2 Billionen Euro, da gibt es andere Dinge, an die man rangehen kann.

Allmendinger: Eine aktuelle Studie meines Instituts zeigt, dass Frauen wie Männer erstmals seit Beginn der Studie vor zehn Jahren sagen, Kinder zu bekommen sei gar nicht so empfehlenswert. Warum? Im Arbeitsmarkt fühlen sich Frauen langsam unterstützt. Gleichstellungsbeauftragte, Quotierung, Entgelttransparenz, Antidiskriminierung zeigen Wirkung. Ganz anders ist es zu Hause. Viele Mütter fühlen sich mit den Kindern total alleingelassen. Sie müssen sich gegen das Bild der Rabenmutter wehren. Väter ziehen oft nicht mit. Kitas bieten keine zuverlässige Betreuung, es gibt zu wenige gute Ganztagschulen. Und auch die Omas und Opas fallen als Hilfe bei der Kinderbetreuung oft aus, da sie selbst noch erwerbstätig sind.

So wie Sie?

Allmendinger: (*lacht*) Stimmt. Als mein Sohn und seine Freundin mir neu erzählt haben, dass sie über Kinder nachdachten, warnte ich gleich: Vor meiner Emeritierung könne ich nur begrenzt helfen. Aber zurück, Vorbehalte gegen Kinder resultieren oft aus der berechtigten Sorge von Frauen, als Mutter den Großteil der Kosten zu tragen: schlechtere Karriereaussichten, ein niedrigeres Lebenseinkommen, geringere Rentenansprüche.

Gibt es einen Ausweg?

Allmendinger: Wenn wir uns weiter an Kindern erfreuen und für die Zukunft sorgen wollen, müssen wir mehr für die Gleichstellung der Geschlechter tun. Nur wenn auch die unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen aufgeteilt wird, können beide Kinder und Beruf verbinden.

Wir haben jetzt viel über Familien gesprochen. Ihr Fazit zum Schluss: Ist Deutschland ein familienunfreundliches Land?

Allmendinger: Auf dem Papier nein, in der Realität ja.

Frei: Es gibt Luft nach oben. Wir sollten uns sehr anstrengen, ein familienfreundlicheres Land zu werden.